

# Dresdner Nachrichten

Siegründet 1856

Druckort: Nachrichten Dresden.  
Gemeinsamer-Verleger: 25 241  
Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Berolin bei täglich zweimaliger Zustellung, durch die Post bei täglich einmaliger Zustellung monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M.  
Die 1. Hälfte 27 zum breiten Teile 2 M. Auf Samstagsausgaben, Ausgaben unter  
Stellen- u. Wohnungsangeboten, 1. Hälfte 2 M. u. 2. Hälfte 2 M. Sonntagsblätter laut  
Tarif. Unvollständige Ausgaben gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 30 Pf.

Schreibleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Olsch & Reichardt in Dresden.  
Telefon-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unvollständige Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**ERNST LANGE**  
Koffer- und Taschenfabrik  
jetzt: Pirnaischer Platz Tel. 19170 und 10294

**Drucksachen für Handel und Gewerbe**  
Schnelle Lieferung :: Beste Ausführung  
**Buchdruckerei Liefisch & Reichardt**  
Fernsprechnummer 25241 — — Marienstraße Nr. 38/40

**Transportable Herde**  
in Schmiedeeisen und Guß — Bevorzugte Fabrikate  
Preiswerte und praktische Siedelungsgeräte  
**Florian Czocherts Nachfolger Ferdinand Wiesner**  
Dresden-A., Töpferstraße 9, 13, 15

## Ein neues Manöver Korsantys.

**Aus Furcht vor den Engländern.**  
Paris, 27. Mai. Die Agence Havas meldet, der Führer der polnischen Insurgenten Korsantys hat mitgeteilt, daß er die Waffen niedergelegt habe und die Antagonisten der Interalliierten Kommission anerkenne. (W. T. B.)  
Vielleicht klärt Havas auch das Rätsel auf, womit denn die Insurgenten angriffen, Granaten und Minen schickten, wenn sie die Waffen niedergelegt haben. In der Tat gerade in den letzten Tagen die Kämpfe mit erneuter Heftigkeit entbrannt sind, so ist diese Havasmeldung wieder einmal eine able Tugendmeldung. Trotzdem scheint aber ein neues Angebot Korsantys zum Rückzuge erfolgt zu sein, er hat jedoch folgende unmögliche Bedingungen gestellt:  
Opeln, 28. Mai. Korsantys hat seine von Havas gemeldete Bereitwilligkeit, die Waffen zu strecken, an folgende Bedingungen geknüpft: Vor allem darf eine Entwaffnung der Insurgenten nicht (!) stattfinden, die Interalliierte Kommission muß die Gebietsverwaltung von Oberschlesien ebenso wie die Leitung der industriellen Unternehmungen reorganisieren. Alle Spuren des preussischen Systems sollen verschwinden. (!) Polen muß Anteil an der Überwachung der Stenoreinnahmen, ferner der Gerichtsbarkeit, der Eisenbahn, Post und Telegraphen, sowie in allen Gemeindeverwaltungen erhalten. Korsantys Entschluß ist nach der Erklärung des Korrespondenten der „Chicago Tribune“ nicht etwa auf Friedensliebe zurückzuführen, sondern der Führer der Polen habe Furcht vor dem Eintreffen englischer Truppen. Er erklärt, diese seien parteiisch (!) und würden Zusammenstöße herbeiführen.

**Korsantys-Räuber.**  
Berlin, 28. Mai. Wie der „Berl. Volk. Anz.“ aus Rattowit meldet, konnte dort die Wasserleitung wieder in Stand gesetzt werden. Die „Rattowiter Jaz.“ berichtet, daß am Donnerstag in das Interkommisariat für Deutschland in Rattowit zwei Männer mit vorangehendem Revolver einbrachen und 100.000 M. und Dokumente nahmen. Einer von den Räubern konnte auf der Straße festgenommen werden. Es ist der bekannte Polenführer Mucha aus Rattowit.

**Ein Hilferuf aus Rattowit an Amerika.**  
Eppeln, 28. Mai. Die Stadt Rattowit hat am 28. Mai ein Telegramm an den Staatssekretär des Auswärtigen Büros in Washington abgeandt, in dem es heißt: Die Vereinigten Staaten sind für die Ideale der Demokratie, der Zivilisation in den Weltkriegen eingetreten. Wir suchen die Anzeichen der amerikanischen Regierung auf Oberschlesien, wo diese Ideale mit Füßen getreten werden. Die friedliche Mehrheit des ober-schlesischen Volkes wird seit dem 3. Mai durch eine bewaffnete Minderheit in alle Schrecken eines blutigen Auftrubs gezwungen. Viele Menschen sind ermordet. Hunderte von Männern und Frauen, sogar Kinder, werden von den polnischen Insurgenten in Gefangenschaft geschleppt. Mehr als 25.000 Menschen haben sich in die Städte der Aufstandgebiete geflüchtet. Mehr als 200.000 haben sich in das belebte Gebiet geflüchtet. Es sind Misshandlungen grauenvoller Art erfolgt. Jeder Franke noch Kinder werden dabei geschont. Am Reichsbild der Städte stehen Mehlkörner und gebrauchen ihre Waffen gegen die schutz- und wehrlose Bevölkerung. Jede Lebensmittelzufuhr ist abgebrochen. Den Müttern und Säuglingen fehlt die Milch. Den Störten droht Hunger. Der Stadt Rattowit und ihren Vororten ist die Wasserzufuhr durch die Rebellen abgebrochen. Die Organe der Interalliierten Kommission sehen diesen Zuständen tatenlos zu. In dieser tiefen Not richten wir an die Regierung der Vereinigten Staaten den Ruf, im Interesse der gewaltigen Mehrheit des ober-schlesischen Volkes und der Durchführung der von ihr proklamierten hohen Ideale für eine sofortige durchgreifende Abhilfe einzutreten.

**Eine „Times“-Schilderung.**  
London, 28. Mai. Die „Times“ meldet aus Eppeln: Die Behauptung, daß die Ordnung in Oberschlesien wiederhergestellt sei, ist eine vollkommen falsche Darstellung der wahren Lage, die erster ist als je. Selbst wenn Korsantys veranlaßt werden würde, sich zum Rückzug bereitzuerklären, abzurufen und die von ihm übernommenen Machtbefugnisse der Kommission zu übertragen, würden Korsantys Leute dagegen meutern. Es ist für einen italienischen Offizier nicht mehr möglich, sich innerhalb der Linie der polnischen Aufständischen zu zeigen, ohne daß er zurückgeschoben, bedroht und von den aufständischen Banden beschimpft wird, die sich um die Befehle ihrer Führer gar nicht kümmern und in deren Augen Engländer und Italiener nichts anderes sind, als Verbündete der Deutschen.

**Minenattentat der Insurgenten.**  
Berlin, 28. Mai. Aus Stundenburg wird gemeldet, daß dort seitens der polnischen Insurgenten ein Minenattentat verübt wurde, bei dem eine Anzahl Francken tödlich, teils leicht verletzt wurde.  
Dreslau, 28. Mai. Die polnischen Insurgenten haben in Rattowit das Stadtrecht proklamiert. Die französische Besatzung hat die Aufhebung der Strafen in der Stadt nicht verhindert.

**Die französische Verschleppungslaktik.**  
Paris, 28. Mai. Das „Echo de Paris“ glaubt bestätigen zu können, daß die französische Regierung den 15. Juni als Beginn der neuen Verhandlungen des Obersten Rates vorzuziehen werde, obwohl der englische Vorkauf der Dinge getrieben auf einen möglichst nahen Zeitpunkt dränge. Wie die Mänter melden, wird die französische Regierung auf die dringlichen Vorstellungen des englischen Vorkaufers wahrscheinlich in der Weise antworten, daß sie sich nicht damit beunruhigt, ein Datum vorzuschlagen, sie wolle auch ein vollständiges Programm für die Arbeit des Obersten Rates vorlegen, u. a. auch einen Zehnprozentigen Ausblick mit der Prüfung der ober-schlesischen Frage zu betonen, bevor sich der Oberste Rat mit ihr beschäftigt. Am Auslieferung der Presse vorzubereiten, soll allen Journalisten der Zutritt zum Hotel, wo die Mitglieder des Obersten Rates Wohnung nehmen werden, verweigert werden.

**Immer wieder Ruhrbefehle.**  
Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten.“  
Paris, 28. Mai. Es verlautet in Pariser Kreisen, daß ein Rabinetsrat sich mit der Lage in Oberschlesien beschäftigt hat und in Anbetracht des Widerstandes der deutschen Freiwilligenkorps (!) gegen ihre Auflösung neue Verschleppungslaktik für die Ruhrbefehle angeht hat. Den Militärs sind die Befehle unverzüglich mitgeteilt worden. Die französische Regierung ist zu schnellem Handeln entschlossen.

**Der Vermittlungsvorschlag.**  
Paris, 28. Mai. Dem „Echo de Paris“ zufolge hat sich in seiner heutigen Sitzung der Vorkauferrat mit einem Vorschlag des Generals de Martini und des Obersten Percival zu beschäftigen. Die beiden Kommissare hatten den Vorschlag unterbreitet, unverzüglich die Bezirke, in denen Deutschland eine unantastbare Mehrheit erzielt hat, durch deutsche Truppen, und die Bezirke, in denen Polen gefest hat, durch polnische Truppen besetzen zu lassen. Die alliierten Truppen sollten alsdann in dem kritischen Industriegebiet aufmarschieren werden, um dort eventuell später die neue Grenzlinie verteidigen zu können. Fertinart nennt dies eine sehr schlechte Kombination. Die französische Regierung will sie ablehnen, weil die deutschen und die polnischen Führer erklärt hätten, daß sie bereit seien, die Autorität der Vorkaufungskommission anzuerkennen. Es sei deshalb also unzuwidermäßig, eine Lösung anzunehmen, die den Grundgedanken in sich schließt, daß der Kampf fortsetzen werde. Auch habe die Interalliierte Militärkommission erklärt, die Soldaten seien in den genannten Gebieten gefährdet. Schließlich aber wendet sich Fertinart dagegen, daß man die Bezirke Pflanz und Koblenz abblättere. Gerade diese beiden Bezirke hätten eine sehr starke polnische Mehrheit, und wenn man sie abplätterte, dann würde das Stimmenverhältnis für Polen ungünstig. Außerdem liefern die Arzvieh und die Kohlen nur zum einen ein Drittel der gesamten Kohlenproduktion. Frankreich müßte sich also auf den Grundgedanken der Anteilbarkeit des Industriegebietes festlegen. (W. T. B.)

**Die Autorität der Interalliierten Kommission.**  
Paris, 28. Mai. Der englische Vorkauf in Paris läßt der Agence Havas folgende Mitteilung zugehen: In der Presse ist mitgeteilt worden, daß der englische und der italienische Kommissar der Interalliierten Abstimmungskommission der Vorkaufungskonferenz einen Vorschlag unterbreiten würde, Oberschlesien nur zum Teil aufzuteilen und die Aufteilung des kritischen Industriegebietes auf unbestimmte Zeit zu verschieben mit dem Gedanken, daß alles, was sich sofort Polen angeeignet werden müßte, notwendigerweise an Deutschland falle. In Wahrheit hat der englische und der italienische Vorschlag einzig den Zweck, die Autorität der Interalliierten Kommission wiederherzustellen, die auf dem ganzen Abstimmungsgebiet erhalten bleiben soll. Von einer teilweisen Aufteilung des Abstimmungsgebietes unter Vorwegnahme der endgültigen Entscheidung des Obersten Rates könne keine Rede sein. (W. T. B.)

**Demission des gesamten polnischen Kabinetts.**  
Warschau, 28. Mai. Der Ministerpräsident Witos hat die Gesamtdemission des Kabinetts erklärt. Da die Linksparteien ihre Unterstützung für das neu zu bildende Kabinett davon abhängig machen, daß Domini, der Parteigewinn von Witos, den Posten des Außenministers übernimmt, während die Rechtsparteien auf der Kandidatur des Rechtsradikalen Tomowit für diesen Posten bestehen, ist der Versuch zur Bildung eines tragfähigen Koalitionskabinetts vorüberhand gescheitert.

**So sagt sich Polen von den Insurgenten los.**  
Warschau, 28. Mai. Die polnische Regierung hat 12 Millionen Mark für die Unterdrückung der polnischen Aufständischen und der polnischen Bevölkerung in den Aufstandgebieten bewilligt.

## Die Entwaffnung.

Der Reichsaussenminister Dr. Wirth erklärte vor einigen Tagen in seiner vielbesprochenen Rede in Karlsruhe, um der Freiheit des deutschen Volkes willen sei es notwendig gewesen, das Ultimatum zu unterzeichnen. Der dem Vorkaufers Freiheit begriff etwas nachsicht, der findet, daß er gerade ein Produkt seiner kosmopolitischen Träumerei ist, vor der der Kausler im selben Atemzuge warnt. Es ist eine Freiheit, die für Idealisten, für Leute, die seitens im Kreise ihrer Gedanken leben, ohne von anderen barien Nebenbuhleren hant berührt zu werden, geschaffen (schon); es ist aber nicht die Freiheit, die wir als ein Volk, das leben muß und will, brauchen können. Diese kann sich nicht auf trockenen Internationalismen und bloßen Theorien aufbauen, sie muß praktische Taten haben, die gegen den Aufsturm feindlicher Mächte schützen. Darum begehrt deutsche, der angestrebte des unter-schlesischen Ultimatum von Freiheit nicht, sondern gesprochen, einen frommen Vertrag, der über die unzulässigen Folgen des Diskontinuitäten ist; denn gerade die Rede der letzten Tage unserer Freiheit von sich sind es, mit denen das Ultimatum anknüpft. Gebörte doch an einer Stelle unsere Behauptung dazu. Der Vorkaufers Vertrag hatte uns im Bereich der früheren Armeen und in unserer Volkzahl bereits zu räumlich weniger Normationen mit so unzulässiger Ausdehnung gelassen, daß es schwer fiel, von einer „Reinhardt“ überhaupt noch zu sprechen. Sonderbarerweise waren mit 84000 Gewehren, ein von 200000 Mann und 200000 Gewehren, 201 Kesselschiffe, 84 Kesselschiffe und ein einziges mehr, das waren die Reste des einstigen Millionenheeres; die praktischen Taten unserer Freiheit sollten es werden. So geriet diese im Verlaufe des Vertrags als Hauptgegenstand genannter Zahlen auch sind, so wenig man hätte daran denken können, damit ein Angriff vom Westen oder Osten erfolgreichen Widerstand zu leisten, so konnten wir doch bei einer gezielten Ausdehnung dessen, was der Vertrag in militärischer Hinsicht offen ließ, ein kleines Heer auf eine leidlich beachtliche Höhe bringen, die uns mit der Zeit gehaltener, wenngleich einen ersten Schuss nach außen und eine Stärkung im Inneren des Landes aufrechterhalten. Aber auch diese Möglichkeiten sind uns durch das Ultimatum und die kollektiven Verhandlungen vom 17. Mai gänzlich beschritten worden. Was sich davon, daß die Termine für die Durchführung der einzelnen Bestimmungen der Entwaffnungsabkommens aus praktischen Hindernissen kaum erfüllt imgehalten werden können, so sind die Aufhebungen, die die Reichsregierung mit der Unterdrückung unter das Ultimatum gegeben hat, inhaltlich derart unverantwortlich, daß sie einer Untergrabung der Reichsautorität gleichkommen. Es ist hierbei nur daran erinnert, daß unsere in doppelter Weise von Polen und Ausland schwer gefährdete Situation seitlichen Schutzes herabsetzt worden ist. Schon der Verfall der Vertrag hatte die wichtigsten Teile der schlesischen Landesbefestigungen mit den der Verteidigung am meisten wichtigen Anlagen beseitigt. Als Reste waren uns die Festungen Kottbus, Pilsan, Gosen, Schweinitz, Marienburg, ferner die Stützpunkte der Oberlinie Böhren, Glogau, Breslau mit ihrer Kanonenartillerie Reste und Glog, sowie der ähnlich verteilte Köslitz verblieben. Aber diese Reste hatten für uns bei einer entsprechenden Bewaffnung einen bedeutenden Verteidigungswert. Allen diesen Stützpunkten und Festungen bis auf Schweinitz, Pilsan und Kottbus sind die Weichsel reitlos weggelassen worden; sie sind also ihres Charakters als Verteidigungswerke vollkommen beraubt und könnten ebensowenig wie die wehrlichen Festungen abschließend werden. Den drei übriggebliebenen hat man eine geradezu lächerliche Bewaffnung gelassen, mit der eine Abwehr unmöglich ist. Was diese Entwaffnung, gegen die von Reich wegen wiederholt vergeblich Einspruch erhoben wurde, einseitig bedeutet, wird sich erst dann einmal erweisen, wenn die gewaltigen Mänter der Hissen vollendet sein werden und der ohne allem Zweifel vorbereitete bolschewistische Aufsturm von neuem sich wehrwärts richten wird. Es sei weiter hervorzuheben, daß die von der Reichsregierung ausgedehnten Entwaffnungsbedingungen der Interalliierten Militärkommission über die Grenzen des Verfallers Vertrages hinaus aus Aufgaben stellen, deren Erfüllung den letzten Rest militärischer Selbstständigkeit preisgibt. Von einschneidender Bedeutung ist in dieser Hinsicht die Beibehaltung der Radiokompanien, die wir im Rahmen der uns annehmenden Aufrechterhaltung von einmündigen hatten. Sie haben dem einzelnen harten Heeresapparat etwas von der Beweglichkeit, die wir zum Schutze unserer ausgedehnten Grenzen mit geringen Kräften unbedingt benötigten. Ein weiterer unabweislicher Eingriff in unsere Dispositionsfreiheit, die Angabe der Abrufen, in denen wir das uns unabweisliche Heeresgerät herstellen dürfen, bedarf nur der Erwähnung, um zu erweisen, daß unsere Feinde auch nichts vergehen haben, das tabulmäßig allen anderen europäischen Staaten unterlegene deutsche Heer auch noch so verteidigungsunfähig als möglich zu machen.  
Schlimmer noch und für alle Zukunft verhängnisvoll sind die Ingehandlungen, die uns zur Unterbindung des Geistes der Wehrhaftigkeit abgerufen wurden. Bekanntlich hat de-